



---

---

## **1. Jugend-Landtag**

Düsseldorf, Dienstag, 24. Juni 2008

<b>Mitteilungen der Präsidentin</b> .....	3	Sebastian Müller (CDU).....	10
<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b> .....	3	Sven Liebert (SPD).....	11
Felix Heinrichs (SPD) .....	3	Emma Budde (FDP) .....	12
<b>1 Aktuelle Viertelstunde Kopfnoten</b>		Marcel Springer (GRÜNE).....	12
Joshua Märker (CDU) .....	3	<i>Ergebnis</i> .....	13
Felix Heinrichs (SPD) .....	4	<b>3 Kinder- und Jugendbeiräte auf kommunaler Ebene verpflichtend einführen</b>	
Annika Söllinger (FDP).....	5	Christian Koeker (CDU).....	13
Simon Schilling (GRÜNE) .....	5	Alexander Klenck (SPD).....	14
<b>2 Grundsätzliches Verbot wirtschaftlicher Werbung an Schulen aufheben</b>		Niklas Seggewiß (FDP) .....	15
Philipp Meseck (CDU) .....	6	Robin Dohmen (GRÜNE) .....	17
Lars Knipping (SPD).....	7	Fabian Bünemann (fraktionslos).....	17
Karsten Dymek (FDP) .....	7	Christian Kroll (CDU) .....	18
Jessica Schrader (GRÜNE) .....	9	Marie Heidenreich (SPD).....	20
Fabian Bünemann (fraktionslos) .....	10	Felix Heinrichs (SPD) (zur GeschO).....	20
		Sören Kindermann (FDP) .....	21
		Pia Laetitia Tabellion (GRÜNE).....	22
		<i>Ergebnis</i> .....	24

**Beginn: 10:07 Uhr**

**Präsidentin Lisa Neumann:** Liebe Abgeordnete! Ich begrüße Sie zur ersten Sitzung des Jugend-Landtags. Willkommen heißen möchte ich auch die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne sowie die Vertreter der Medien.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass wir heute ein Geburtstagskind unter uns haben. Herzlichen Glückwunsch, Pascal Nettkamp!

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte vorab erklären, dass die Sitzungsleitung jede halbe Stunde zwischen meinen Vizepräsidenten und mir wechselt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir als Grünen-Fraktion stellen den Antrag auf eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Kopfnote“! – Beifall von GRÜNEN und SPD)

– In der gestrigen Sitzung des Jugend-Ältestenrates ergab sich kein Meinungsbild, das uns zu einer Ergänzung der Tagesordnung um eine Aktuelle Viertelstunde veranlasst hätte. Uns liegt nun ein Antrag zur Ergänzung der Tagesordnung vor, über den wir abzustimmen haben.

Wer für die Ergänzung der Tagesordnung um eine Aktuelle Viertelstunde ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ich darf als Ergebnis feststellen, dass die Aktuelle Stunde stattfindet.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Des Weiteren liegt ein Antrag auf Änderung der Tagesordnung vor. Dabei handelt es sich um einen selbstständigen Sachantrag, der allerdings nicht fristgerecht eingereicht wurde und deshalb heute nicht behandelt werden kann. – Eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Bitte sehr.

**Felix Heinrichs (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als SPD-Fraktion fordern, die Behandlung des Antrags zum Thema „Studiengebühren“ auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag ist gestern Abend eingereicht worden. Fristen waren uns nicht bekannt. Alle anderen Fraktionen hätten auch die Gelegenheit gehabt, das zu tun. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Lisa Neumann:** Das kann ich nicht zulassen. Wenn ich das zulassen würde, müssten wir am Ende über diesen Antrag abstimmen, ohne

vorher darüber in den Fraktionen beraten zu haben. Das heißt, die Sitzung müsste für längere Fraktionsberatungen unterbrochen werden. Das ist heute leider zeitlich nicht möglich. Daher verweise ich auf den zweiten Jugend-Landtag.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann kommen wir zu:

**1 Aktuelle Viertelstunde  
Kopfnote**

Als Erster spricht für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Joshua Märker.

(Beifall von CDU und FDP)

**Joshua Märker (CDU):** Meine sehr geehrten Jugend-Landtagsabgeordneten! Im beruflichen Leben ist es wichtig, pünktlich zu sein, konzentriert zu arbeiten sowie aufgeschlossen und teamfähig aufzutreten.

Ich bin Auszubildender im dritten Lehrjahr. Ich habe bei Einstellungstests erlebt, wie wenig bei Arbeitgebern die fachlichen Noten im Vergleich zu den persönlichen und den teamfähigen Charaktereigenschaften zählen, die Jugendliche und Schüler vermittelt und vorgelebt bekommen müssen.

Es gibt Argumente und Behauptungen, dass es nicht Aufgabe der Schule sei, das Verhalten und die Persönlichkeitsentwicklung eines Schülers zu beurteilen. Aber wer soll es dann machen?

Die Schule hat die Aufgabe, zu bilden und aus uns Schülern Menschen mit einer Persönlichkeit, mit einem demokratischen Denken und mit Selbstständigkeit zu machen, um das gesellschaftliche Leben voranzubringen. Das ist der Bildungsauftrag der Schulen in NRW.

Die Beurteilung durch diese Kopfnote zeigt den Arbeitgebern, wie weit ein Jugendlicher vorangeschritten ist. Sie hilft den Arbeitgebern zu beurteilen, auf welche Auszubildenden sie sich einlassen können, ohne ein größeres Risiko einzugehen. Die Möglichkeit, Reformen bei den Kopfnoten durchzuführen, ist nach wie vor ein Thema. Dabei wird es weitere Veränderungen geben. Aber eine vollständige Abschaffung der Kopfnote schließe ich aus.

Die Arbeitgeber haben die Impulse zur Einführung eines Kopfnotensystems gegeben. 30 Jahre ist dafür gebraucht worden. Es ist völlig legitim, dass die Betriebe von den Schulen verlangen, eine Einschätzung der Schüler durchzuführen.

Auch die Lehrer sind dazu in der Lage. Sie sind Akademiker – sie haben lange dafür studiert –, die lehren, und sie sind Pädagogen, die erziehen. Die Lehrer haben die Möglichkeit, den Jugendlichen die notwendigen Charaktereigenschaften sowie das Wissen zu vermitteln und sie individuell zu beurteilen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe gestern in Gesprächen gehört, dass schlechte Kopfnoten ein Leben auf dem Zeugnis Bestand haben. Ganz im Ernst: Ach du Schreck! So eine Einstellung, dass alle Kopfnoten negativ einfließen und dass es Angst vor schlechten Kopfnoten gibt, habe ich noch nicht erlebt.

Ich gehe zur Berufsschule und bekomme dort Kopfnoten. Ich habe viele Freunde und Bekannte, die Schüler sind. Die Mehrheit bekommt positive Kopfnoten. Sie profitieren von diesen Kopfnoten.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Lisa Neumann:** Herr Redner, würden Sie bitte zum Ende kommen?

(Beifall von der SPD)

**Joshua Märker (CDU):** Daher halte ich eine Abschaffung der Kopfnoten nicht für nötig. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Lisa Neumann:** Als nächster Redner spricht für die SPD-Fraktion Felix Heidenreichs.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Vereinzelt  
Beifall von CDU und FDP)

**Felix Heinrichs (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktion hat sich klar und deutlich dafür ausgesprochen, dass wir heute diesen Antrag behandeln. Wir wollten diese Aktuelle Viertelstunde.

Ich will Ihnen nicht vorenthalten, warum: Kopfnoten sind ungerecht, subjektiv und nicht mit unserem Bild von einer modernen Schule und einer modernen Pädagogik vereinbar.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein Zeugnis im klassischen Sinne ist ein Dokument, das Noten auflistet, die mehr oder minder objektiv durch Tests, Klassenarbeiten oder mündliche Mitarbeit zustande gekommen und für Schüler nachvollziehbar sind.

Kopfnoten – ich bin der Meinung, dass diese willkürlichen Zensuren den Namen „Note“ nicht im Geringsten verdient haben – entsprechen keinem dieser Kriterien und haben nichts auf Zeugnissen zu suchen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Vereinzelt  
Beifall von der CDU)

Weder gibt es klare Leistungsnachweise, die für Schülerinnen und Schüler nachvollziehbar sind, noch kann es sie je geben. Darüber hinaus haben die Kopfnoten keine fachliche Grundlage; sie haben gar nichts mit Qualifikation oder Fachwissen zu tun.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, bei Recherchen an meiner Schule habe ich herausgefunden, dass bereits in den 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Nordrhein-Westfalen dafür gestritten wurde, Kopfnoten abzuschaffen: von Schülern, aber auch von Lehrern. Interessant dabei ist, dass sich die Argumente ähneln.

Wer also eine Schulpolitik der 60er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts möchte, verantworten kann und will, sollte an Kopfnoten festhalten. Wir tun es nicht!

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir, die SPD-Fraktion – ich spreche, glaube ich, dabei nicht nur für meine eigene Fraktion –, wollen für unsere Zukunft eine moderne Bildungspolitik von morgen oder am besten von übermorgen und nicht von gestern.

Wie oft sollen die Vertreter der LSV noch Zehntausende von Unterschriften in diesem Hause überreichen, bis endlich aus diesen Forderungen Realität wird?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

NRW ist eine sehr lange Zeit – seit den 60er-Jahren – gut ohne Kopfnoten ausgekommen. Das war nicht nur deshalb eine gute Zeit für NRW, weil die SPD damals noch an der Regierung war,

(Heiterkeit bei der SPD)

sondern es war auch eine gute Zeit für NRW, weil es keine Kopfnoten auf den Zeugnissen der Schüler gab.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir werden gleich darüber debattieren, dass Jugendliche ernst genommen werden müssen und für ihre Wünsche, Belange und Meinungen eine ernsthafte Anerkennung brauchen. Man fördert diese Anerkennung weder durch subjektive Noten

noch durch Gängelung noch durch die veralteten, aus dem letzten Jahrhundert stammenden Disziplinarmaßnahmen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Diese Maßnahmen verbauen Schülern Wege, anstatt sie ihnen zu öffnen.

Was das Risiko für Arbeitgeber angeht, wenn ich kurz auf den Fraktionsvorsitzenden der CDU eingehen darf, sich ein Bild von den Kindern und Jugendlichen, die sie ausbilden, machen zu müssen, frage ich: Was ist das denn für ein Risiko? – Ganz ehrlich: Wenn ein Arbeitgeber nicht zu einer Einschätzung in der Lage ist, müssen die Schulen das auch nicht tun. Schulen müssen keine perfekten Menschen erzeugen, die sie in die Ausbildung geben.

Wir wollen eine zukunftsorientierte Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen.

**Präsidentin Lisa Neumann:** Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Redner.

(Beifall von der FDP)

**Felix Heinrichs (SPD):** Ich bin gleich fertig. – Wir wollen eine zukunftsorientierte Bildungspolitik, die den Kindern und den Jugendlichen in diesem Land gerecht wird. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN sowie einzeln CDU)

**Präsidentin Lisa Neumann:** Nun hat Frau Abgeordnete Söllinger für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall von der FDP)

**Annika Söllinger (FDP):** Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir von der FDP-Fraktion befürworten im Grunde die Kopfnoten. Sie sind jedoch aufgrund der ungleichen Benotung durch unterschiedliche Lehrer nicht aussagekräftig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Viele Schüler fühlen sich dadurch ungerecht behandelt.

Zur Situation: Im Moment werden an vielen Schulen Einheitsnoten, also meistens die Noten Eins oder Zwei gewählt, da die Lehrer nicht wissen, wie sie benoten sollen. An anderen Schulen hingegen nehmen sich die Lehrer Zeit für die Kopfnoten. Deshalb gibt es dort auch die Noten Drei und Vier.

Wir haben uns gefragt, ob das so sein darf, und sind zu dem Entschluss gekommen, dass dies nicht sein kann.

(Beifall von FDP und SPD)

Unserer Meinung nach sollte das System der Durchführung verbessert werden. Wir schlagen vor, die Bewertungen wieder als Text auf den Zeugnissen erscheinen zu lassen. So werden besondere Aspekte in den Vordergrund gestellt – positive wie negative.

Auf diese Art und Weise können Unternehmen, also die späteren Arbeitgeber, den einzelnen Schüler besser einschätzen. Denn mit den Noten können sie aufgrund der Abweichungen nichts anfangen.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Lisa Neumann:** Danke schön. – Nun hat zum Schluss der Aktuellen Viertelstunde der Abgeordnete Schilling für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Beifall von GRÜNEN und SPD sowie einzeln CDU und FDP)

**Simon Schilling (GRÜNE):** Sehr geehrter Jugend-Landtag! Ich freue mich, dass dieser Antrag durchgekommen ist. Die Jugendlichen, die hier sitzen, wissen ganz genau, dass sie eine eigene Meinung haben und diese auch vertreten können. Wir alle sind keine Parteipolitiker und können unsere Meinung frei äußern. Der Sinn dieses Jugendlandtags ist, dass jeder seine Meinung frei äußern kann. Wir sind nicht an Parteien gebunden. Jeder ist von seinem Abgeordneten hierhin geschickt worden, um nicht dessen Meinung, sondern die eigene Meinung zu vertreten. Darum geht es hier.

(Allgemeiner Beifall)

Klar ist auch, dass wir heute nicht zu einer Entscheidung und zu keinem Beschluss kommen sollen. Wir sind frei, wir können unsere Meinung äußern, und dafür ist die Aktuelle Stunde da. Ich freue mich, dass sie zustande gekommen ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nun zu den Kopfnoten. Wir sind gegen die Kopfnoten – ganz klar. Man kann jemanden nicht mit den Noten Eins bis Vier bewerten. Das geht nicht. Man kann Sozial- und Arbeitsverhalten nicht bewerten. Diese spiegeln nicht die Realität wider. Wie kann ein Lehrer bei einer so großen Schüleranzahl so viele Schüler bewerten? Das geht einfach nicht. Dürfen und können Charaktere bewer-

tet werden? Das geht unserer Meinung nach überhaupt nicht.

Das Problem ist: Kopfnoten werden weder von Schülern noch von Lehrern ernst genommen und führen in Einzelfällen sogar zu einer Anti-Haltung gegenüber der Schule. Somit könnte die Identifikation mit dem Land abnehmen.

Schüler werden gezwungen, sich zu verstellen. Sind wir Menschen Maschinen und müssen uns richten? Können wir nicht unsere eigene Meinung äußern? Können wir nicht so sein, wie wir sind? Ich glaube, es gibt andere Maßnahmen zur Erziehung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Problem könnte auch sein, dass Fachnoten Sozialnoten angeglichen werden und zwischen beiden keine Differenz besteht. Somit rückt die schulische Leistung immer mehr in den Hintergrund.

Nochmals vielen Dank! Ich freue mich, dass dieser Antrag durchgekommen ist. Schönen Tag noch und gutes Gelingen!

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Lisa Neumann:** Ich rufe auf:

## **2 Grundsätzliches Verbot wirtschaftlicher Werbung an Schulen aufheben**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung des federführenden Schulausschusses hin, die Ihnen schriftlich vorliegt.

Wir beginnen mit dem Redner der CDU-Fraktion Philipp Meseck. Herr Abgeordneter Meseck, bitte.

(Beifall von CDU und FDP)

**Philipp Meseck (CDU):** Guten Tag, ich bin Philipp Meseck von der CDU-Fraktion aus dem Schulausschuss, Arbeitskreis Werbeverbot.

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich halte meine Rede über das gewerbliche Werbeverbot an Schulen.

Als Erstes stelle ich eine Frage: Was hätte Werbung an Schulen für einen Vorteil? – Genau, Geld. Aber ist dies moralisch und ethisch mit der Erziehung unserer Kinder zu vereinbaren? Ich denke nicht. Denn die Manipulation der Schüler wäre durch das ständige und tägliche Betrachten der Werbung größer als im öffentlichen Raum.

Außerdem sehe ich nach mehreren Jahren Probleme in der langfristigen finanziellen Abhängigkeit der Schulen von ihren Werbepartnern. Dadurch könnte Angst entstehen, das Geld wäre irgendwann nicht mehr da, sodass die Schule in ein großes Finanzloch fallen würde. Das kann ungewollte Folgen haben, zum Beispiel Druck durch Unternehmer, die erheblichen Einfluss auf die Entscheidungen der Schulleitung hätten. Dadurch ist eine Teilprivatisierung der Schule vorprogrammiert.

Zudem kann ungewollte und unangebrachte Werbung, die nicht dem Schulprofil entspricht, in die Schule Einzug halten. Benachteiligungen von Schulen sind ein großes Thema. Denn viele Schulen sind werbetechnisch nicht so attraktiv wie zum Beispiel Gymnasien. Dadurch sehe ich eine große Schülerflucht zu Schulen mit einem besseren oder guten Partner. Dadurch entsteht zwangsweise ein Konkurrenzdruck zwischen den Schulen.

Aber nicht nur diese Punkte sind wichtig, sondern das Wohl des Schülers muss für uns alle im Vordergrund stehen. Hat Schule nicht eine gewisse Schutzfunktion? Würde Werbung diese nicht kaputt machen? Wenn es diese nicht gäbe, wären wir dann alle so, wie wir jetzt sind? Denn wie kann man sich eine eigene Meinung bilden, einen eigenen Charakter entwickeln, wenn man in Schulen so beeinflusst würde? Wir von der CDU denken, dass dies dem Bildungsauftrag widerspricht.

Im Übrigen findet Sponsoring bereits statt. Sponsoring wird durch den Schulleiter, den Schulträger und die Schulkonferenz beschlossen. Sponsoring ist die Möglichkeit, dass Schulen und Unternehmen gemeinsam Projekte ausarbeiten und Schulen dafür teilweise neu ausgestattet werden oder auch Geld erhalten. Reicht das nicht völlig aus? Muss man es direkt übertreiben?

Ich frage euch, ob ihr es moralisch vertreten könnt, wenn Jugendliche noch marken- und konsumbezogener werden, als sie es eh schon sind. Haben Berlin und Bremen nicht versagt, indem sie das Verbot aufgehoben haben? Ich bin mir sicher, dass sie damit vor sich selber kapituliert haben.

Ich hoffe, dass Sie diese Fragen zum Abschluss mit Vernunft und der moralischen Verpflichtung im Nacken beantworten und gegen die Initiative stimmen. – Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Lisa Neumann:** Wir kommen zum Herrn Abgeordneten Knipping von der SPD-Fraktion.

(Allgemeiner Beifall)

**Lars Knipping** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Meine Damen und Herren! „Mehr Geld für die Schulen“ hört sich doch zunächst gut an. Aber woher und unter welchen Bedingungen? Die Aufhebung des grundsätzlichen wirtschaftlichen Werbeverbots an Schulen ist einfach keine Lösung.

(Allgemeiner Beifall)

Das Geld könnte zwar zur Finanzierung von Klassenfahrten, von Schulfesten und anderen schulischen Veranstaltungen eingesetzt werden. Doch wollen wir verantworten, dass Schüler und Schülerinnen permanent in der Schule durch Werbung beeinflusst werden bzw. permanent der Werbung ausgesetzt sind, obwohl solche Institutionen bildungsfördernd und keine Liffasssäulen sein sollten?

Viele Schülerinnen und Schüler können mit der Werbung einfach nicht umgehen und unterliegen dem Kaufzwang, bzw. der Kaufzwang wird weiter verstärkt. Heute ist es einfach nicht mehr möglich, zwischen guter und schlechter Werbung zu differenzieren. Jede Form der Werbung – egal welche – ist manipulierend.

(Allgemeiner Beifall)

Schon allein eine Studie der Wirtschaft, die feststellt, wie viele Kinder bzw. wie viele Jugendliche über ein bestimmtes Geldvermögen verfügen, ist – ich erlaube mir diesen Begriff – pervers. Die Wirtschaftsunternehmen sehen nicht die Kinder als menschliche Wesen, sondern als eine Geldquelle zur Steigerung ihres Kapitals.

(Allgemeiner Beifall)

Weitere Aspekte sind die soziale Ungleichheit und das Thema Mobbing. Stellen wir uns vor, an den Schulen hängen Plakate aus von Adidas, McDonalds, jegliche Werbung! Es gibt bei uns an den Schulen ärmere und reichere Schüler – keine Frage. Wollen wir an den Schulen eine Zweiklassengesellschaft, wieder ein riesiges Mobbingproblem? Ich trage das T-Shirt, das Michael Ballack dort vorne auf dem Plakat trägt, und du nicht Ich bin was Besseres als du. Wollen wir das? Ich denke, wir sind einer Meinung: Wir wollen das nicht.

(Allgemeiner Beifall)

Die Aufhebung des Verbots wirtschaftlicher Werbung an Schulen ist doch nur darauf angelegt, eine Geldquelle für Schulen zu finden.

Aber ist es nicht einfach die Aufgabe des Staates – genauer: der Landesregierung –, Geld für diese Schulen aufzutreiben?

(Allgemeiner Beifall)

Die Landesregierung kann sich nicht so einfach aus der Affäre ziehen und die Schulen sich selbst überlassen. Aufgabe des Landes, der Landesregierung muss die Förderung der Bildung sein und nicht die der Werbung. Werbung heißt nicht gute Bildung. Werbung hat nichts mit Bildung zu tun. – Ich bedanke mich.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Lisa Neumann:** Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dymek das Wort.

(Allgemeiner Beifall)

**Karsten Dymek** (FDP): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte meine Rede mit zwei Fragen beginnen:

Erstens. Was ist eigentlich ein Unternehmen? – Ich habe gelernt, dass ein Unternehmen laut VWL eine hierarchisch geordnete Produktionseinheit ist. Obwohl nach den üblichen Kenntnissen des Marktes eine horizontale Vernetzung einzelner Tauschhandlungen einer Volkswirtschaft den größten Nutzen generiert, ist es dieser vertikalen Organisationsstruktur aufgrund hoher Transaktionskosten sowie eventueller Markteintrittsbeschränkungen möglich, gewünschte Güter und Dienstleistungen günstiger zu produzieren bzw. bereitzustellen, als es bei horizontalen Strukturen möglich wäre. – Wer das verstanden hat, zeigt bitte auf!

Diesen Vorteil nutzt das Unternehmen, um für sich den größtmöglichen Gewinn zu erzielen. Darauf basiert seine Motivation. Das heißt, ein Unternehmen hat als einziges Ziel, Gewinn zu erzielen. Sonst würde es das nicht geben. Deswegen ist es falsch, das zu kritisieren. Denn dafür gibt es Unternehmen. Um dann Produkte abzusetzen, nutzen Unternehmen Werbung, um den Prinzipal, das heißt den Käufer, über den eigenen Vorteil und über die Qualität des Produkts zu informieren.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Laura-Marie Heiken)**

Zweitens. Was ist Schule? – Schule ist eine staatliche Bildungseinrichtung. Sie hat nichts mit freier

Wirtschaft zu tun. Das Ziel der Schule sollte sein, die Förderung der allgemeinen Volksbildung zu generieren und die Qualifikationen der jungen Bürger so zu kombinieren, dass sie für den Arbeitsmarkt fähig und gut ausgebildet sind, sodass sich Deutschland im internationalen Wettbewerb durchsetzen kann.

(Zuruf von der SPD: Und für das Leben! – Allgemeiner Beifall)

– Für das Leben manchmal auch. Das kommt auch hin.

Nachdem ich jetzt schön das Klischee erfüllt habe und als FDP-Abgeordneter schön über Wirtschaft philosophiert habe, möchte ich das Ganze nun etwas herunterbrechen.

Sehr geehrte Landtagspräsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, bisher habe ich eigentlich lediglich gesagt: Unternehmen wollen nur Geld machen, und Schule ist eine staatliche Einrichtung und hat damit nichts zu tun.

Die FDP-Fraktion entspricht nicht dem Klischee und meint nicht, dass Wirtschaft essenzieller Bestandteil der Schule werden muss. Wir brechen hier mit unserem Klischee, die Wirtschaft immer besonders zu würdigen. Wir sagen: Wir lehnen den Antrag ab.

Der Grund ist folgender: Die Schüler und die Jugendlichen, die bei uns in der Schule sitzen, sind quasi unsere Zukunft. Wir haben nur diese Schüler und Schülerinnen. Wir können uns keine neuen machen, wenn wir sie plötzlich falsch ausbilden. Wir haben nur diese. Sie werden später unsere öffentlichen Systeme finanzieren. Sie werden unseren Staatshaushalt finanzieren. Wir haben nur diese Jugend. Wir müssen sie so bilden, wie sie ist.

Dafür ist es ganz wichtig, dass wir diesen Jugendlichen Rüstzeug an die Hand geben. Wir müssen erreichen, dass sie kritisch reflektieren können, dass sie sich ein eigenes Bild machen und sich nicht manipulieren lassen. Die beste Zukunftssicherung ist wirklich die Förderung und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen. Es ist unseres Erachtens sehr gefährlich, sie frühzeitig manipulierenden Tendenzen auszusetzen, da dadurch eventuell ihr eigenes Meinungsbild so weit in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, dass eine kritische Reflexion nicht mehr möglich ist.

(Allgemeiner Beifall)

Der Antrag stellt uns vor die Frage, ob man die bestehenden Gesetze ändern sollte oder nicht. Ich weiß nicht, ob sie allen vorliegen. Deshalb ha-

be ich die beiden Gesetze mitgebracht. Da steht erstens in § 98 Abs. 2: Zuwendungen entbinden den Schulträger nicht von seinen finanziellen Verpflichtungen nach diesem Gesetz. – Das heißt, im Gesetz steht: Schulen und die Schulbildung sind Aufgabe des Staates und sollten nicht von privaten Investoren übernommen werden.

(Allgemeiner Beifall)

Zweitens steht im Gesetz in § 99: Schulen dürfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben für den Schulträger Zuwendungen von Dritten entgegennehmen und auf deren Leistungen in geeigneter Weise hinweisen (Sponsoring), wenn diese Hinweise mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule vereinbar sind und die Werbewirkung deutlich hinter dem schulischen Nutzen zurücktritt. Die Entscheidung trifft der Schulleiter bzw. der Schulträger.

Das heißt, es ist durchaus möglich – und es ist wichtig, dass das auch möglich ist, und das befürworten wir durchaus –, dass Sponsoring in der heutigen Art und Weise weitergeführt wird. Es ist auch deshalb wichtig, da der Staat bei immer mehr sinkenden Einnahmen nicht die Möglichkeit hat, die ganzen Schulen mit den teuren neuen Technologien wie Computern, Beamern, Leinwänden und Ähnlichem auszustatten. Aber dafür brauchen wir keine Gesetzesänderung, sondern dafür brauchen wir Sponsoring. Es gibt Partnerschaften. Schulen können gemeinsam mit Unternehmen Ausbildungsplätze und Praktika vermitteln. So können die Leute viel besser an das Berufsleben herangeführt werden.

Ich kann aus meiner eigenen Perspektive sagen: Ich habe gerade Abitur gemacht. In meiner Stufe gibt es sehr viele Leute, die noch nicht wissen, was sie machen möchten. Das Problem ist, dass sie einfach nicht wissen, was die Wirtschaft für sie bereithält, welche Möglichkeiten es gibt. Deswegen ist es sehr wichtig, dass es eine Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen gibt, aber auf der Basis dieses Gesetzes. Wir müssen es nicht ändern. Man sollte den Jugendlichen eine Perspektive bieten. Sonst schaffen sie es nicht, sich zu entscheiden und in der Wirtschaft Fuß zu fassen. Aber dafür reicht dieses Gesetz aus.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bedanke mich bei Ihnen und wünsche Ihnen noch viel Spaß.

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsidentin Laura-Marie Heiken:** Nun spricht für Bündnis 90/Die Grünen Jessica Schrader.

(Allgemeiner Beifall)

**Jessica Schrader** (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Sehr geehrte Fraktionsvorsitzenden! Sehr geehrte Abgeordnete des Jugend-Landtags! Mein Name ist Jessica Schrader. Ich bin Mitglied im Schulausschuss für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wir, die Fraktion der Grünen, haben uns einstimmig gegen die Aufhebung des grundsätzlichen Werbeverbots an Schulen ausgesprochen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich stehe nun hier, um Ihnen diesen Entschluss aus schulpolitischer Sicht zu erläutern.

In Zeiten wie diesen – Zeiten der Unterfinanzierung – schauen sich die Schulen nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten um. Das ist auch richtig. Doch es ist fraglich, ob Sponsoring und die Kooperation von Schulen mit großen Unternehmen der richtige Weg sind, um Jugendlichen und auch Schulen eine gute Bildungsmöglichkeit zu ermöglichen.

In erster Linie sind wir deswegen der Meinung, dass es allein die Aufgabe des Staates ist, Schulen und Bildung zu finanzieren.

(Allgemeiner Beifall)

Denn nur so ist es möglich, die Neutralität der Schulen in einer so konsumorientierten Zeit wie der heutigen zu gewährleisten.

(Allgemeiner Beifall)

So ist für die meisten Kinder und Jugendlichen die Schule der Ort, an dem sie nicht permanent durch Werbung beeinflusst und in ihrem Denken gelenkt werden.

Ein weiteres Problem hierbei wäre zudem, dass sich die Kinder und Jugendlichen der Werbung in der Schule nicht entziehen können. Ein gut positioniertes Plakat wird von ihnen vielleicht bis zu vier- oder fünfmal am Tag gesehen, was auf lange Sicht zu einer starken Beeinflussung und damit Produktprägung der Kinder und Jugendlichen führt. Dies wiederum hätte auch einen starken Einfluss auf die soziale Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und würde über kurz oder lang zu einem Ausgeschlossenheitsgefühl bei finanziell benachteiligten Kindern und Jugendlichen führen, die sich die beworbenen Produkte zum Beispiel nicht leisten könnten.

Als Nächstes stellt sich die Frage, ob wir als Politiker es verantworten können, dass es Unternehmen ermöglicht wird, zum Zweck der Gewinnma-

ximierung die kindliche Unerfahrenheit auszunutzen. Denn ich frage Sie: Wie sollen die Kinder und Jugendlichen vor gewinnfixierten Unternehmen geschützt werden, die den Vorwand der Bildungsverbesserung nutzen, um ihre Produkte an den Mann bzw. an die Kinder und Jugendlichen zu bringen? – Wir sind der Meinung, dass dies nicht möglich ist, da die Schulen nicht qualifiziert sind, die schlechten von den guten Unternehmen unterscheiden zu können.

Des Weiteren haben wir, die Grünen, die Sorge, dass bei einer Aufhebung des Werbeverbots an Schulen der Bildungsauftrag der Schulen zu sehr in den Hintergrund gerückt wird, da Schulen zu sehr darauf fixiert sein könnten, so viele Sponsoren und Finanzierer wie möglich zu mobilisieren bzw. für ihre Schule zu gewinnen, was wiederum auch zu einer Konkurrenz unter den verschiedenen Schulen führen würde. Wer könnte garantieren, dass alle Schulen gleichermaßen an den Finanzierungshilfen beteiligt würden?

Denn es ist doch so, dass die besser gestellten Schulen auf jeden Fall auch die besseren Unternehmen für sich gewinnen würden, die, die mehr zahlen könnten, sodass sie vielleicht bessere Computer hätten als die Schulen, die von Anfang an einen schlechten Ruf haben bzw. denen es von Anfang an an allen Ecken und Enden fehlt.

(Allgemeiner Beifall)

Die Aufhebung des Werbeverbotes würde den Schulen eine bessere Finanzierung ermöglichen. Aber welchen Schulen? Vor allen Dingen würde es auch zu einer Abhängigkeit der Schulen von privaten Mitteln führen. Und wäre es nicht ein Widerspruch unserer Bildungspolitik, die die Schulen auffordert, Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürgern zu erziehen, wenn weitreichende und stark beeinflussende Werbung an Schulen zugelassen würde?

Aus diesen Gründen lehnen wir, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine Aufhebung des grundsätzlichen Werbeverbots an Schulen aus schulpolitischer Sicht ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsidentin Laura-Marie Heiken:** Der nächste Redner ist Fabian Bünemann, fraktionslos. Sie haben eine Minute 30 Sekunden Redezeit.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

**Fabian Bünemann** (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Kommerzialisierung im Bildungssystem stellt für uns ein großes Problem dar. Ob Schul sponsoring, das durch die Landesregierung zum Beispiel über die Stiftung „Partner für Schule NRW“ offensiv gefördert wird, ob Patenschaften zwischen Schulen und Unternehmen oder auch der Einfluss der Bertelsmann Stiftung auf das Bildungssystem: Bildung darf nie zur Ware werden.

Die neoliberalen Parteien von SPD über Grüne und CDU bis zur FDP haben dies scheinbar noch nicht erkannt und treiben die Ausrichtung des Bildungssystems nach Wirtschaftsinteressen immer weiter voran, wenngleich Sie heute diesen Antrag ablehnen. Im Gegensatz dazu lehnt die Linke als einzige Partei den Einfluss von Unternehmen auf Bildungseinrichtungen genauso rigoros ab wie den Umbau von Schulen und Universitäten zum Nutzen der Wirtschaft. Studiengebühren, Turbo- und Zentralabitur oder auch Kopfnoten können keine Lösungen sein.

(Vereinzelt allgemeiner Beifall)

Die Bildung muss sich am Menschen orientieren, nicht an den Bedürfnissen der Konzerne. Daher lehnen wir die vorgeschlagene Änderung des Schulgesetzes ab.

Stattdessen fordern wir: Unternehmen raus aus den Schulen und Universitäten, mehr Geld für Bildungseinrichtungen und ein generelles Verbot von Dingen wie Schul sponsoring. Schülerinnen und Schüler sollen nicht in der Schule schon permanent mit Werbung konfrontiert werden. Schulen sind Orte des Lebens und Lernens, nicht des Konsums. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsidentin Laura-Marie Heiken:** Wir kommen nun zur zweiten Runde. Wieder beginnt die CDU, diesmal mit Sebastian Müller.

**Sebastian Müller (CDU):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geehrte Vizepräsidentin! Wie in der ersten Runde bereits deutlich wurde, herrscht bei der Frage, ob das grundsätzliche wirtschaftliche Werbeverbot an Schulen aufgehoben werden soll, ein großer Konsens über alle Fraktionen hinweg, dass dieses Verbot nicht aufgehoben werden soll.

Die Hauptproblematik ist die drohende massive Beeinflussung des Konsumverhaltens von Schülerinnen und Schülern durch Werbung. Sie werden frühzeitig an Marken gebunden, und die Bedeutung von Konsumgütern wie Kleidung und Computerspiele würde mit Sicherheit in den Klassen

und Stufen einen noch höheren Stellenwert erreichen, als dies ohnehin schon der Fall ist.

Der schulische Auftrag, Kinder und Jugendliche zu unabhängigen, mündigen und kritischen Bürgern zu erziehen, würde durch die Aufhebung des Gesetzes ad absurdum geführt werden. Auf der anderen Seite besteht hier auch die Möglichkeit, Strukturen zu verändern und bereits zum Ende der Grundschulzeit oder zu Beginn der weiterführenden Schule durch Aufklärung und offene Auseinandersetzung mit dem Thema Werbung präventiv zu wirken, sodass die Schülerinnen und Schüler lernen, Werbung und ihre Absicht einzuschätzen, mit ihr umzugehen und somit nicht zum manipulierten Spielball der Wirtschaft zu werden.

Ich vergleiche das gerne mit der Aidsvorsorge, wo beigebracht wird, die Gefahr nicht zu unterschätzen, sie richtig einzuschätzen und zu verhüten.

(Allgemeiner Beifall)

Wir blicken seit Jahren besorgt auf die Ergebnisse der PISA-Studie, bei der uns insbesondere Länder deutlich den Rang ablaufen, in welchen Werbung an Schulen zugelassen ist. Ich beziehe mich hierbei auf Finnland und Dänemark.

Des Weiteren – da, geehrte Kolleginnen und Kollegen, werden Sie mir mit Sicherheit beipflichten – sind der Zustand und die Ausstattung in unseren Schulen in den wenigsten Fällen als ausreichend zu bezeichnen.

(Allgemeiner Beifall)

Die finanzielle Unterstützung aus der Wirtschaft durch Werbung an den Schulen könnte jedoch helfen, die Zustände zu ändern. Allerdings besteht an dieser Stelle, wie auch eben schon erwähnt, das Risiko, dass einige Schulen sehr viele zusätzliche Mittel erhalten würden und andere leider Gottes in Vergessenheit geraten. Klar ist weiterhin, dass, falls es sich in Zukunft doch durchsetzen sollte, dass an Schulen geworben wird, es den Unternehmen nicht gestattet sein darf, uneingeschränkt zu werben. Ein Auflagenkatalog, in welchem beispielsweise finanzielle Ober- und Untergrenzen festgelegt werden, wäre absolut notwendig.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass ich den Beschluss gegen die Aufhebung des Gesetzes voll mittrage und befürworte, da die ethischen und sozialen Nachteile und Konsequenzen die wirtschaftlichen Vorteile überwiegen und immer noch die Hoffnung besteht, dass die Mittel und Ausgaben aus dem öffentlichen Haushalt für das Schulwesen entgegen den aktuellen Tendenzen doch noch steigen.

(Allgemeiner Beifall)

Aufgrund aller Aspekte – ich hoffe, dass dies auch einige hier im Plenum ähnlich, wenn nicht sogar genauso sehen – ist dies ein Thema, welches man nicht einfach abschieben und zu den Akten legen kann

(Allgemeiner Beifall)

und über welches auch in Zukunft offen diskutiert werden sollte, insbesondere wenn sich die Zustände in unseren Schulen nicht verbessern sollten. Denn eines dürfen wir bei der ganzen Diskussion nicht vergessen: Es geht hier um Bildung und folglich auch um Zukunftschancen von jungen Menschen, im konkreten Fall auch unsere Zukunftschancen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auf dem globalisierten Arbeitsmarkt.

Durch die finanzielle Unterstützung, sofern sie von den Schulen effizient und gezielt eingesetzt wird, erhalten wir und alle anderen Schülerinnen und Schüler in NRW eine bessere Ausbildung, durch die unsere Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigen, wodurch wiederum die Wirtschaftsleistung unseres Landes gefördert bzw. gesteigert werden kann.

(Vereinzelt allgemeiner Beifall)

Also: Bessere Bildung bedeutet auch bessere Wirtschaft.

Abschließend plädiere ich dafür, dass wir unabhängig von der Entscheidung, das Werbeverbot an Schulen beizubehalten, versuchen sollten, gerade durch regionale und ortsansässige Unternehmen Sponsoring zu fördern. Denn hier besteht in der Regel ein angemessenes Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung. Außerdem stellt dies den allgemeinen Bildungsauftrag nicht in den Hintergrund.

Eines ist sicher: Ob Werbung, Sponsoring oder strukturelle Veränderungen – es muss sich etwas ändern. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsidentin Laura-Marie Heiken:** Für die SPD spricht nun Sven Liebert.

(Beifall von der SPD)

**Sven Liebert (SPD):** Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Sehr geehrtes Präsidium! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Meine Damen und Herren! Unsere öffentlichen Ressourcen werden immer knapper. Sollte man jetzt zum sogenannten letzten Mittel greifen, zur Aufhebung des grund-

sätzlichen wirtschaftlichen Werbeverbotes an Schulen? Meine Damen und Herren, es kann und darf doch nicht die Wirklichkeit, die letzte Möglichkeit sein.

Mit diesem Antrag würden wir den Schülerinnen und Schülern des Landes Nordrhein-Westfalen auch die letzte werbefreie Zone in ihrem Alltag nehmen.

(Allgemeiner Beifall)

Was gibt es nicht schon alles? An unseren Schulen liegen Schülerzeitungen aus. Ich habe ein Exemplar mitgebracht. Diese Zeitschrift liegt an jeder Schule und überall kostenlos zur freien Mitnahme aus. Das allein ist noch nichts Verwerfliches. Aber in dieser Zeitschrift – ich wiederhole mich: frei und kostenlos für alle zum Mitnehmen – finden wir klassische Werbung für kostenpflichtige Abonnements wie zum Beispiel Jugendzeitschriften wie „Bravo“ oder Fernsehzeitschriften.

Die Ironie ist doch, dass ausgerechnet das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen diese Zeitschrift mit direkter Werbung herausgibt,

(Allgemeiner Beifall)

obwohl das Gesetz die aktive Werbung an Schulen verbietet. Das ist unserer Meinung nach gesetzeswidriges Handeln der Regierung und muss unterbunden werden.

(Allgemeiner Beifall)

Zurück zur Schule selbst: Die Schule fungiert trotz mangelnder neuer Technologien wie Computer oder Beamer als ein Ort des konzentrierten Lernens, in dem es sowohl um Lerninhalte als auch um Lernmethoden geht. Auch mit diesen neuen Lernmethoden, die größtenteils auf finanzielle Mittel angewiesen sind, müssen diese nicht durch Werbung zum Beispiel von Konzernen, sondern eher durch attraktive Alternativen wie zum Beispiel das Sponsoring erwirtschaftet werden.

Wer Bildung zum Schwerpunkt dieses Landes Nordrhein-Westfalen macht und Nordrhein-Westfalen als Bildungsstandort der Bundesrepublik Deutschland darstellt, muss auch dafür Sorge tragen, dass ausreichend Ressourcen vorhanden sind, um diese Kapazitäten zu schaffen, meine Damen und Herren.

(Allgemeiner Beifall)

Die SPD-Fraktion wird den Antrag auf Aufhebung des grundsätzlichen wirtschaftlichen Werbeverbots an Schulen aus den genannten Gründen ablehnen. Die einfachste Lösung ist nicht immer die

beste, auch wenn sie am leichtesten umzusetzen wäre.

Ich möchte Ihnen noch eine Frage mit auf den Weg geben: Was ist denn die Rolle der Regierung im Land Nordrhein-Westfalen? – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Laura-Marie Heiken:** Für die FDP-Fraktion spricht nun Emma Budde.

(Beifall von FDP und CDU)

**Emma Budde:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich mag Geld.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Knete ist schon was Feines. Ohne Moos nix los. Das wissen Sie wahrscheinlich selber. Das gilt besonders heutzutage, im Jahr 2015. Finanzminister Dr. Linssen mag Geld übrigens auch, genau wie meine Schule.

(Lachen von der SPD)

Davon, dass das grundsätzliche Werbeverbot 2008 aufgehoben worden ist, haben Schulen jetzt richtig viel. Außerdem sind unsere Wände voll schöner, bunter Plakate. Gebildeter sind wir Schüler neuerdings übrigens auch, seit die „Bild“ – ihrem Bildungsauftrag als meistverkaufte Zeitung verpflichtet – unsere Bildungseinrichtung bezahlt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Slogan „Bild dich bildlich“ ist sowieso viel einladender als „Heute lesen wir Kant“. Unsere neuen Schulmaterialien klären eh viel besser auf – leider erst seit 2008.

Ich berichte von einem typischen Schultag. Morgens halb zehn in Deutschland: In unserer Schulcafeteria werden Knoppers verkauft.

(Heiterkeit von der SPD)

Letzte Woche hat meine Freundin stattdessen ein Hanuta gegessen; seitdem ist sie nicht mehr meine Freundin.

(Allgemeine Heiterkeit)

In der zweiten Stunde haben wir Philosophie. Das macht Spaß. Unsere Lehrerin mag nämlich auch Geld und bekommt neuerdings noch viel mehr davon, seit sie den freien Willen vom Lehrplan gestrichen hat.

In Informatik lernen wir, uns nicht mehr veräppeln zu lassen.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Wir als Gewinner in unserem Bildungssystem sind natürlich ganz auf „Win-dows-Kurs“.

Anschließend haben wir Sport. Im Sportunterricht bilden wir immer zwei Gruppen: Diejenigen mit dem Adidas-Sportanzug dürfen in die neue Turnhalle. Alle anderen tragen uns die Bälle hinterher.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich freue mich schon auf nächste Woche, weil wir dann nämlich alle schulfrei haben. Übernächste Woche ist das auch so. Die „Bild“ ist auf ihrem Eroberungszug nämlich zur nächsten Schule weitergezogen und hat uns den Geldhahn zugekehrt.

Meine Damen und Herren, wir dürfen es nicht so weit kommen lassen. Unsere Schulen müssen vor Werbung und der daraus resultierenden finanziellen Abhängigkeit geschützt werden. Die FDP-Fraktion lehnt den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Laura-Marie Heiken:** Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Marcel Springer.

**Marcel Springer (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mein Name ist Marcel Springer. Ich hatte in den letzten drei Tagen die Möglichkeit, einen Einblick in das Berufsleben eines Landtagsabgeordneten zu bekommen.

Dazu gehört nun einmal auch, die Partei in der Öffentlichkeit zu vertreten. Das möchte ich nun gerne tun und Ihnen den Standpunkt der Jugend-Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Verbraucherausschuss zum Thema „Aufhebung des wirtschaftlichen Werbeverbots an öffentlichen Schulen“ darlegen. Meine Fraktionskollegin hat dies bereits aus Sicht der Schulen getan. Ich will versuchen, Ihnen die Sicht der Schüler, also der zukünftigen Verbraucher, nahezubringen.

Es besteht das Problem, dass es gerade den jüngeren Schülern in Deutschland an Verbraucherbildung mangelt. Die zwangsläufige Naivität dieser jungen Schüler wird von den Unternehmen ausgenutzt. Das führt zu einem Missbrauch als Folge dieser relativ einfachen Beeinflussung – sprich: Die Werbung kann auf sehr primitive Art und Weise junge Schüler auf ihre Seite ziehen.

Denn den jungen Schülern fehlt die Fähigkeit, zwischen kommerzieller Werbung und wirklichem Bildungssponsoring zu unterscheiden, weil sie zu wenig Erfahrungen mit der Werbung gemacht und

daher Wissenslücken haben. Die Grenze zwischen kommerzieller Werbung und Bildungssponsoring ist kaum noch vorhanden. Sie ist sehr schwammig, und der Übergang ist fließend. Man merkt also nicht mehr, wann es Unternehmen wirklich ernst meinen und wann sie einfach nur Wirtschaft wollen.

Junge Leute sind einfach viel zu beeinflussbar. Durch das Fernsehen, das Internet und riesige Plakate werden sie viel zu sehr und viel zu weitläufig beeinflusst. Die Kommerzialisierung der Schulen ist unnötig, weil eine Kommerzialisierung schon überall im Alltag stattfindet. Die Werbung ist viel zu eindringlich und die tägliche Konfrontation mehr als kontraproduktiv, weil die Schüler keine Entzugsmöglichkeit haben.

An dieser Stelle möchte ich noch auf die Bildungskluft der verschiedenen Schulsysteme hinweisen. Als Beispiel nehme ich das Gymnasium und als Gegenstück die Haupt- oder die Gesamtschule. Dabei ist es gleichgültig, ob sie sich in einem sozialen Brennpunkt befinden oder nicht. Bei den Schülern von Haupt- und Gesamtschulen sind – klischeehaft oder vielleicht auch realistisch – Bildungslücken vorhanden. Das führt dazu, dass der Abstand zur Kommerzialisierung der Medien fehlt. Sie können nicht mehr abgrenzen, was los ist und wie es gemeint ist. Die Schüler dieser Schulen können nicht kritisch hinterfragen.

Zusammenfassend möchte ich sagen, warum wir gegen die Aufhebung des Werbeverbots sind: Es ist ein falsches Zeichen für einen sowieso schon falschen Weg, auf dem wir uns befinden. Der Entwicklungstrend geht viel zu klar in Richtung Kommerzialisierung. Die Medien setzen nur noch auf Kommerz. Das führt wiederum zu einer negativen Manipulation der Verbraucher, und zwar auf eine recht primitive Art und Weise. Die Leute müssen darin gebildet werden, kommerzialisierte Werbung zu erkennen.

Zum Schluss möchte ich zwei Denkanstöße geben: Ich möchte an die Aktion „Kellog's Frosties für den Schulsport“ erinnern, die bereits im Jahr 2007 vom Bundesgerichtshof als wettbewerbswidrig eingestuft worden ist. Man sollte sogenannte „Tony Taler“ sammeln, für die man anschließend Sportgeräte bekam, etwa für 50 „Tony Taler“ ein Badminton-Set. Dadurch entstanden allerdings erhebliche Mehrkosten: Für ein Badminton-Set – ich gehe davon aus, dabei handelte es sich um zwei Schläger und einen Ball – zahlte man rund 140 €. Für dieses Geld hätte man eine ganze Schulklasse mit jeweils einem Schläger und einem Ball für alle Schüler ausstatten können. Dieser Betrag war definitiv viel zu hoch.

Die Jugend wird absolut irreführt. Die jungen Menschen werden auf eine absolut negative und miese Art und Weise manipuliert. Hinzu kommt, dass die Jugend durch die Jugend selber zum Kauf angespornt wird. Dazu hat Enzensberger eine Medientheorie aufgestellt: Das Prinzip, das die Jugend die Jugend zum Kauf anspornt, nennt er „Medien zum Quadrat“. Das hat mit der unmittelbaren Einflussnahme der Wirtschaft auf unsere Persönlichkeit und das Gesellschaftsleben zu tun. Wir müssen wirklich vermeiden, komplett kommerzialisiert zu sein. Dafür stehen die Grünen: Wir wollen maximale Bildung bei wenig Kommerz. – Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Laura-Marie Heiken:** Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zu Abstimmung. Die Beschlussempfehlung des Schulausschusses lautet:

„Der Jugend-Landtag hält an einem grundsätzlichen wirtschaftlichen Werbeverbot an den Schulen in Nordrhein-Westfalen fest und bittet den Landtag, diesen Beschluss in seinen zuständigen Fachausschüssen zur Kenntnis zu nehmen.“

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

### **3 Kinder- und Jugendbeiräte auf kommunaler Ebene verpflichtend einführen**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung des federführenden Kommunalausschusses hin, die Ihnen schriftlich vorliegt.

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner der CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Christian Koeker das Wort.

(Beifall von CDU und FDP)

**Christian Koeker (CDU):** Sehr verehrte Frau Vizepräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Und – um das am Ende nicht zu vergessen – die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition seien an dieser Stelle auch begrüßt! – Gestatten Sie mir diese kleinen Sticheleien.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier)**

Es wird sich bei diesem Thema noch herausstellen, ob und inwiefern sich unsere Meinungen auseinander dividieren. Die Initiative liegt vor. Die Beschlussempfehlungen liegen auch vor. Ich hoffe, sie sind allen verständlich.

Ich hoffe auch, dass die Tendenz, die wir ja alle vertreten, schon an dieser Stelle relativ schnell klar wird: Wir sind für eine Stärkung der Jugendpartizipation.

Ich bitte an dieser Stelle um Ihre Akklamation, um diesem Standpunkt Ausdruck zu verleihen. Es muss klar werden, dass wir als Jugend-Landtag NRW, im Übrigen ein bereits bestehendes Jugendparlament, selbst in unterschiedliche politische Lager gespalten, geschlossen hinter dem Ausbau der politischen Teilhabe von Jugendlichen stehen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir wollen diesen Ausbau. Wir wollen ihn um jeden Preis. Wir wollen um jeden Preis Jugendpartizipation, aber nicht um jeden Preis Jugendparlamente. Das hat – wenn Sie mir erlauben, das noch einmal auszuführen – nicht nur die finanziellen und demografischen Gründe, die wir alle schon in den Ausschüssen besprochen haben, sondern es hat vor allem auch den Grund, dass Jugendliche in den verschiedenen Kommunen unterschiedliche Partizipationsvorstellungen haben.

Stellen Sie sich einfach einmal vor, was abläuft, wenn wir in jeder Kommune in Kürze sogenannte zwangskonstituierte Jugendparlamente einführen. Ich will Ihnen verraten, was dann passiert. Dann geschieht nämlich das, was bei Ihnen tagtäglich zu Hause oder in Ihren Fraktionssitzungen passiert, nämlich gar nichts.

(Beifall von der CDU)

Es kann und darf nicht das Ziel dieses Jugend-Landtages sein, Parlamente ohne Vorbehalt verpflichtend einzuführen

(Zuruf von der SPD: Darum geht es doch gar nicht!)

und damit den großen und womöglich noch schriftlichen Freischein für die erwachsenen Politiker auszustellen, der aussagt: Wir machen Jugendpolitik, auch wenn sie wirkungslos ist.

Nein, Jugendparlament muss heißen: Jugendliche werden dort abgeholt, wo sie mit ihren Partizipationsideen stehen. Ihnen werden Möglichkeiten gegeben, bei tatsächlichem Interesse – dafür steht die CDU-Fraktion – in die politische Ereignisse

einbezogen zu werden und sich daran beteiligen zu können.

Wenn ich in die Runde schaue, sehe ich, was diesen Punkt angeht, doch einen allgemeinen Konsens. Darum lassen Sie in diesem Punkt doch einfach einmal rationale Einsicht vor Parteiliebe gehen. Wir haben zu diesem Thema einen Vorschlag gemacht. Der Vorschlag ist gut. Stimmen Sie ihm zu!

Der zweite Punkt, weswegen ich hier für die CDU-Fraktion spreche, spielt ebenfalls auf eine Umgewichtung des Initiativantrages an.

Ich will es an dieser Stelle nicht mehr so lang machen, sondern ich möchte nur abschließend noch einmal darauf hinweisen, dass wir bei diesem Antrag auf jeden Fall darauf achten müssen – wir haben sogar die ideologische Pflicht dazu –, den Unterschied zwischen dem reinen Gehörverschaffen und der Festlegung – auch der schriftlichen Festlegung – von Handlungsmöglichkeiten für Jugendliche deutlich zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Vielen Dank. – Ich gebe jetzt für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Klenck das Wort.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Alexander Klenck (SPD):** Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Lassen Sie mich zwei Punkte vorweg sagen: Zum Ersten möchte ich einen kleinen Exkurs zum Thema Demokratie darstellen.

Demokratie heißt Diskussion. Diskussion kann nur zustande kommen, wenn man die Position des politischen Gegners kennt und sich mit ihr befasst hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich wende mich vor allem an die Damen und Herren von der CDU-Fraktion: Wenn Sie nicht bereit sind, zu diskutieren und den Leuten zuzuhören, sollten Sie Ihr Verständnis von parlamentarischer Demokratie hinterfragen und sich fragen, wie Sie die Demokratie in diesem Lande voranbringen wollen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein zweiter Punkt vorneweg: Ich stimme meinem Vorredner zu, der Antrag der CDU-Fraktion ist in Ordnung.

(Beifall von der CDU)

Ich betone aber – bei diesem Punkt möchte ich auch das Präsidium ansprechen –: Wenn das Präsidium unseren Antrag gelesen hätte, wäre es garantiert zu der Einsicht gekommen, dass dieser hier zur Abstimmung gestellt werden muss. Dieser Antrag ist um einiges besser, prägnanter und zielführender.

(Beifall von der SPD)

Als wir in die Ausschüsse gingen, waren wir überrascht darüber, dass es im Kern der Sache so viel Übereinstimmung mit der CDU gab.

Die Kinderrechtscharta der Vereinten Nationen besagt ganz klar, dass Kinder und Jugendliche das Recht haben, an allen Entscheidungen mitzuwirken, die sie betreffen. Deshalb sind wir uns ganz sicher, dass wir alle hier den Anspruch haben, Jugendparlamente bzw. jugendliche Partizipation möglich zu machen. Diese Möglichkeit darf sich allerdings keinesfalls auf die Schaffung eines Jugendparlamentes beschränken. Nein, sie muss reale Mitbestimmungsmöglichkeiten schaffen. Diese Verbindlichkeit kann nur gesichert werden, wenn wir den Jugendlichen ein Initiativ- und Stimmrecht in allen jugendrelevanten Ausschüssen gewähren.

(Beifall von der SPD)

Auch das sollte unserer Meinung nach Konsens in diesem Jugendparlament sein.

Niemand von euch, liebe Abgeordnete, kann doch ernsthaft gegen sein eigenes Mitbestimmungsrecht stimmen.

(Beifall von der SPD)

Des Weiteren ist es vonnöten, um den Jugendlichen ihre Parlamentsarbeit so leicht wie möglich zu machen, ihnen einen hauptamtlichen Mitarbeiter zur Seite zu stellen.

(Beifall von der SPD)

Dieser Mitarbeiter sollte dem Jugendlichen beratend zur Seite stehen und ihm helfen, sich in der Kommunalpolitik zurechtzufinden. Dafür ist natürlich auch ein gewisser Etat vonnöten.

(Beifall von der SPD)

Aus diesem Topf muss gleichzeitig gewährleistet werden, dass die Jugendlichen nicht auf ihrem bisherigen Wissensniveau verharren, sondern sich fortentwickeln – gerade in Sachen der politischen Bildung.

Die Qualität der Parlamentsarbeit muss gesichert werden. Dazu wären regelmäßige Evaluationen

nötig, um die Arbeit eines Jugendparlamentes so zielführend und effektiv wie möglich zu gestalten.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es so: Wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden, wird es zwingend dazu kommen, dass sich mehr Jugendliche in der Kommunalpolitik engagieren werden.

Sobald diese Initiative vorhanden ist, müssen Kommunen wie Land bestrebt sein, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um diese Jugendlichen zu fördern und zu unterstützen.

(Beifall von der SPD)

Wir stimmen mit den anderen Fraktionen darin überein, dass ein Jugendparlament nicht von oben herab verordnet werden kann. Die Jugendlichen müssen der Motor dieser Entwicklung sein. Aber das Parlament hat die verdammt Pflicht, endlich Treibstoff bereitzustellen.

(Beifall von der SPD)

Ich bitte euch daher, den Antrag noch einmal zu überdenken, und hoffe in dieser Frage auf etwas mehr Demokratieverständnis der CDU-Fraktion. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und Abgeordneten von FDP und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Anna Kugelmeier:** Vielen Dank. – Ich erteile jetzt für die FDP-Fraktion dem Abgeordneten Niklas Seggewiß das Wort.

(Zuruf von der CDU: Zwischenfrage, Frau Präsidentin!)

– Es kann zurzeit keine Zwischenfrage gestellt werden, denn es redet doch gar keiner.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall von der SPD – Zurufe)

**Niklas Seggewiß (FDP):** Sehr geehrte Landtagsvizepräsidentin! Sehr geehrte Jugendparlamentarier und Jugendparlamentarierinnen! Die FDP-Fraktion hat sich sehr engagiert mit diesem Thema auseinandergesetzt. Wir hatten ähnliche Diskussionen, wie sie von CDU und SPD zu hören waren.

Grundlegend dürfte doch jedem hier klar sein: Wir alle sind für Jugendpartizipation in den Kommunen. Jeder, der hier ist, ist ja irgendwie dafür. Das einzige Problem für alle Fraktionen betraf die Formulierung, wonach das „verpflichtend“ sein soll.

(Zuruf von der FDP: Sehr richtig!)

Das „verpflichtend“ führt wahrscheinlich dazu, dass in einigen Kommunen Jugendparlamente gegründet werden, nur um sie überhaupt zu haben. Das führt auch dazu, dass dort Jugendliche auftreten werden, die ihre Anliegen wahrscheinlich nicht so gut artikulieren können wie andere. Wenn wir Jugendparlamente auf diese Art und Weise einführen, wird das Ansehen der etwas schlechter arbeitenden Jugendparlamente dem der gut arbeitenden in den etwas größeren Städten, wo engagierte Jugendliche arbeiten, schaden.

Diesen Schaden können wir hier nicht allen Ernstes wollen. Es muss darum gehen, gute, selbstständige Arbeit voranzutreiben und nicht verpflichtete und von oben verordnete.

(Allgemeiner Beifall)

Des Weiteren müssen wir uns hier doch fragen: Wenn Sie gewählte Abgeordnete im Rat einer Stadt wären, würden Sie ein Jugendparlament ernst nehmen, das nur gegründet ist, weil das vom Land vorgeschrieben worden ist, wenn sich die Jugendlichen nicht aus eigenem Interesse, eigenem Antrieb motivieren konnten, ein Jugendparlament zu gründen?

(Zuruf von der SPD: Es wird kein Jugendlicher gezwungen!)

– Das Jugendparlament soll ja in allen Kommunen verpflichtend eingeführt werden. Das kann aber nicht der Sinn der Sache sein.

Zudem hat nach der UN-Kinderrechtskonvention bereits heute jeder Jugendliche das unbestreitbare und nicht widerlegbare Recht, jederzeit an Politik zu partizipieren.

(Zustimmung von der FDP – Zuruf: Frau Präsidentin, hier ist eine Zwischenfrage!)

– Die Frage können Sie sich für später aufheben.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Entschuldigung, dass ich Sie kurz unterbreche. Hier kam der Einwurf „Zwischenfrage“. Ihr müsst Zwischenfragen anmelden, an eurem Platz den Knopf drücken, wenn ihr eine Zwischenfrage stellen möchtet. Das geht nicht auf Zuruf.

Herr Abgeordneter Seggewiß, erlauben Sie die Zwischenfrage?

**Niklas Seggewiß (FDP):** Nein, das machen wir später. Wir können uns nachher darüber unterhalten.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Die Frage darf später gestellt werden.

(Zuruf: Das ist zu spät!)

**Niklas Seggewiß (FDP):** Wir haben gestern Experten angehört. Diese Experten waren sich alle in dem Punkt einig, dass ein Jugendparlament, wenn es eingeführt wird, festgeschriebene Befugnisse haben muss. Wir reden hier über eine ernsthafte Beteiligung. Die muss garantiert werden, bevor wir das verpflichtend fordern können.

Ganz allgemein möchte ich sagen, dass wir uns hier jetzt nicht von irgendwelchen Kleinigkeiten aufhalten lassen sollten. Dass wir alle für mehr Beteiligung von Jugendlichen in den Kommunen sind, dürfte klar sein.

Was wir hier sehen, ist, dass wir uns an einer einzigen Formulierung aufreiben und dadurch etwas viel Größeres vergessen. Die beiden großen Koalitionen fallen übereinander her, nur um noch einmal aufzufallen. Wir sollten uns besser zusammensetzen und dafür engagieren, dass diese Jugendbeiräte in den Kommunen freiwillig gegründet werden. – Das von der FDP-Fraktion.

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Wir kommen jetzt zu den Zwischenfragen. – Die Abgeordnete auf Platz 23 hat das Wort.

**Marie Heidenreich (SPD):** Eine Frage zu der Verpflichtung: Haben Sie den Antrag gelesen?

(Heiterkeit und lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Niklas Seggewiß (FDP):** Ja, wir haben uns damit im Arbeitskreis beschäftigt und das so verstanden. Vielleicht kommen Sie zu einer anderen Auslegung. Wir haben ganz klar gelesen: „verpflichtend“. Ich kann mich erinnern, dass wir uns im Kommunalausschuss, an dem ich beteiligt war, alle an diesem einen Punkt aufgerieben haben. – Wenn ich das jetzt falsch verstanden habe, tut es mir leid.

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Der Abgeordnete auf Platz 169 hat das Wort.

**Jan Jakob Küchler (SPD):** Danke sehr. – Herr Kollege, ich kann Ihnen in jedem einzelnen Kritikpunkt vollkommen recht geben. Nur denke ich, dass Ihre Rede vollkommen überflüssig gewesen

wäre, hätten Sie sich mit unserem Änderungsantrag beschäftigt;

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

denn unser Änderungsantrag hat jeden einzelnen Kritikpunkt, der von Ihnen angesprochen wurde, aufgenommen.

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Ich darf kurz unterbrechen: Bei Zwischenfragen müssen Fragen gestellt werden.

**Jan Jakob Küchler (SPD):** Dann stelle ich die Frage: Haben Sie den Änderungsantrag gelesen? – Danke.

(Beifall von der SPD)

**Niklas Seggewiß (FDP):** Meinen Sie den Änderungsantrag der SPD?

(Zuruf von der SPD: Ja! Ich bin von der SPD! – Heiterkeit und Beifall von der SPD)

– Wir haben im Kommunalausschuss den Antrag der CDU beschlossen, und über den stimmen wir gleich ab. Wenn ich jetzt Ihren Änderungsantrag quasi verteidige, sollten Sie sich also eigentlich freuen.

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Der Abgeordnete auf Platz 89 hat das Wort.

**Jascha Huschauer (SPD):** Wenn du den Antrag von der SPD nicht gelesen hast, hast du denn den von der CDU gelesen, den ihr im Kommunalausschuss beschlossen habt? Da steht nämlich: Der Jugendlandtag Nordrhein-Westfalen unterstützt die verpflichtende Einführung ..., sofern die Jugendlichen einer Gemeinde den Wunsch danach äußern. – Das ist genau das, was du sagst.

**Niklas Seggewiß (FDP):** Ich weiß. Den ursprünglichen Antrag kritisiere ich, den Änderungsantrag finde ich gut.

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Wir kommen jetzt zum nächsten Redner. Ich rufe für Bündnis 90/Die Grünen den Abgeordneten Herrn Dohmen auf.

(Allgemeiner Beifall)

**Robin Dohmen (GRÜNE):** Guten Tag, Damen und Herren! Ziel ist es, Jugendbeiräte einzuführen, um Jugendliche und Kinder stärker in die Politik einzubinden, um dadurch die Politikverdros-

senheit zu senken. Untersuchungen haben ergeben, dass ihr Interesse an Politik stärker wird, wenn man politische Projekte startet. Es werden wichtige und wertvolle Einblicke der Jugendgeneration gewonnen. Der Austausch zwischen Erwachsenen und Jugendlichen ist dadurch gewährleistet.

Sollen Kinder- und Jugendbeiräte verpflichtend eingeführt werden? – Ich sage Nein; denn die Jugendlichen würden als Alibicharaktere installiert, um somit die Medien oder die Politik zu puschen. Genauso kann es nicht sein, dass man Themen vorgibt, die die Jugendlichen nicht selber gewählt haben. Dadurch würde die Verdrossenheit gestärkt; das hätte negative Effekte.

Ich sage Ja, wenn die Macht der Erwachsenen eingeschränkt und die Jugendlichen an Macht dazugewinnen würden, um ihre Meinungen stärker vertreten zu können. Kinder und Jugendliche sind auch als Subjekte und Träger eigener Rechte anzuerkennen.

Zum Schluss möchte ich noch ein Beispiel bringen. Wenn ein Jugendlicher von 14 oder 15 Jahren eine Stunde mit dem Bus fahren muss, um seinen Skaterpark zu erreichen, ist das nicht richtig.

(Vereinzelt allgemeiner Beifall)

Jeder sollte das Recht haben, vor allen Dingen auch Jugendliche, seinen Interessen nachzugehen. Die sollten entsprechend berücksichtigt werden. – Das war's.

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Ich erteile als Nächstem dem Abgeordneten Herrn Bünnemann, fraktionslos, das Wort. Der Abgeordnete hat eine Minute und 30 Sekunden für seine Rede.

(Allgemeiner Beifall)

**Fabian Bünnemann (fraktionslos):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sogenannte Jugendparlamente sollen hier heute eingeführt werden. Ich sage bewusst: „sogenannte“. Parlamente sind nur richtige Parlamente, wenn sie auch Kompetenzen haben. Sie müssen demokratisch sein und dürfen Jugendpartizipation nicht bloß vorgaukeln.

Dieser Jugendlandtag ist ein gutes Beispiel, wie es nicht sein sollte: Willkürlich ausgesuchte Jugendliche debattieren über vorgeschriebene Themen – gleichzeitig wird die Förderung für die

Jugendverbände in NRW um Millionen gekürzt und damit eine andere Partizipationsmöglichkeit eingeschränkt.

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenfrage. Lässt der Redner diese Wortmeldung zu?

**Fabian Bünnemann** (Fraktionslos): Nein.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Dann werden wir die auf später vertagen.

**Fabian Bünnemann** (fraktionslos): Die Linke steht für eine Politik mit und für die Jugendlichen. Die anderen Parteien müssen sich hier einfach einmal fragen, wie sie eine gescheite Jugendpartizipation ohne eine ausreichende Förderung der Jugendverbände umsetzen wollen. Mit machtlosen Jugendparlamenten wird es jedenfalls nicht klappen.

Wir sagen deshalb klar Ja zu Jugendparlamenten in den Kommunen, wenn diese demokratisch legitimiert sind, festgelegte richtige Kompetenzen und eigene Budgets haben.

Wir sagen ebenfalls Ja zu größerer Jugendpartizipation in NRW. Die Linke sagt aber klar Nein zu undemokratischen machtlosen Jugendparlamenten, die auch nur eingeführt werden sollen, sofern die Jugendlichen, so die schwammige Formulierung, den Wunsch danach äußern. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Die Zwischenfragen stehen; zwei werden zugelassen. Mehr sind laut Geschäftsordnung nicht möglich. Der Abgeordnete auf Platz 71 hat das Wort.

**Diego Faßnacht** (CDU): Ist Ihnen bewusst, dass es sich hier in diesem Jugend-Landtag um ein Planspiel handelt und nicht um ein Jugendparlament, wie es in den Kommunen eingeführt werden soll?

(Allgemeiner Beifall)

**Fabian Bünnemann** (fraktionslos): Ja, das ist mir bewusst. Mir ist aber auch bewusst, dass die Ergebnisse ebenfalls im richtigen Landtag behandelt werden sollen.

(Vereinzelt allgemeine Heiterkeit und Beifall)

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Der Abgeordnete auf Platz 22 hat das Wort.

**Alexander Klenk** (SPD): Hätte die Linke, wenn er denn gestellt worden wäre, zum Antrag der SPD Ja gesagt?

**Fabian Bünnemann** (fraktionslos): Im Antrag der SPD war das Ganze auch nicht verpflichtend. Ich finde, dass eine verpflichtende Formulierung richtig wäre, weil sonst die Hürde der Partizipation für die Jugendlichen viel zu hoch ist.

(Vereinzelt allgemeiner Beifall – Zuruf von der CDU: Aber dann die Scheinparlamentel!)

**Vizepräsidentin Anna Carla Kugelmeier:** Weitere Wortmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Wir kommen jetzt zur zweiten Runde. – Ich rufe als Erstes den Abgeordneten der CDU Christian Kroll auf.

(Allgemeiner Beifall)

**Christian Kroll** (CDU): Sehr geehrte Landtagsvizepräsidentin! Liebe Mitglieder des Jugendlandtages! Verehrte Besucher! Sehr verehrte Vertreter der Presse! Ich werde Ihnen im Folgenden die Position der CDU-Fraktion zu der Einführung von Jugendparlamenten auf kommunaler Ebene verdeutlichen.

Wir als CDU-Fraktion fordern die verpflichtende Einführung von Jugendparlamenten in allen NRW-Kommunen, sofern – das möchte ich betonen – die Jugendlichen einer Gemeinde den Wunsch dazu äußern, um Jugendlichen in der kommunalen Politik mehr Gehör und Handlungsfähigkeit zu verschaffen.

Wir fordern also ein neues Recht für Jugendliche, um die Partizipation Jugendlicher anzukurbeln und der Politikverdrossenheit junger Menschen entgegenzuwirken.

**(Vorsitz: Vizepräsident Jan David Bakker)**

Darüber hinaus wird dies auch der allgemeinen Tendenz des steigenden Altersschnittes in der Politik entgegenwirken.

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Verzeihung! Es gibt eine Zwischenfrage. Wollen Sie die zulassen?

**Christian Kroll** (CDU): Erst am Ende.

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Okay.

**Christian Kroll** (CDU): Gegner werfen uns vor, dass wir durch die Beibehaltung der Klausel „verpflichtend“ so etwas wie einen Zwang ausüben würden. Dies ist definitiv nicht der Fall.

Jugendparlamente sind nach dem Vorschlag meiner Fraktion nur dann verpflichtend, wenn entsprechendes Interesse vorhanden ist. Alibiparlamenten wird nach diesem Schema keine Chance mehr gegeben.

(Beifall von CDU, SPD und FDP)

Zugleich betont das Wort „verpflichtend“ in diesem Zusammenhang, dass Jugendlichen in Kommunen die Einrichtung eines Jugendparlamentes nicht mehr verwehrt werden kann, wenn diese dies wünschen.

Störrische Kommunalpolitiker können engagierte Jugendliche somit nicht mehr vor den Kopf stoßen und ihnen den Mund verbieten, und das alles nur aus Angst vor der Machtabgabe an die Jugendlichen.

Wir wollen engagierte Jugendliche vor solch ernüchternden Erfahrungen bewahren. Gladbeck und Ratingen sind dabei unter anderem Projekte gelungener Jugendpartizipation. Dort verschafften sich Jugendliche durch viel Aufwand und Kraft Gehör. Es ist unsere Pflicht, solchen Bewegungen zukünftig den Weg zu ebnen und sie zu unterstützen. Nur so wird jede Bevölkerungsgruppe angemessen in die demokratischen Abläufe eingebunden.

Betonen möchte ich besonders, dass laut Kinder- und Jugendhilfegesetz – § 18 Abs. 1 – den Jugendlichen ausdrücklich das Recht der Beteiligung zugesagt wird. Besonders die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen hebt diesen Aspekt in Artikel 12 stark hervor. Alle Vertragsstaaten haben sich schon 1992 zur Einhaltung dieser Vorgabe verpflichtet – auch Deutschland.

Ziel unserer Bemühungen ist es, den Prozess der stärkeren Jugendbeteiligung vehement zu unterstützen und eine beratende Funktion für neue Jugendgruppen wahrzunehmen. Die Umsetzung solch gesunder Innovationsimpulse dient ohne Zweifel unserer gesamten Anstrengung.

Genau aus diesen Gründen fordere ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf, unserem Antrag geschlossen zuzustimmen und Kindern und Jugendlichen nicht des Rechts auf Beteiligung zu berauben; denn Kinder werden nicht erst Menschen, sie sind schon welche. Diese Tatsache sollten wir uns jeden Tag ins Bewusstsein rufen. Was etwaige Unannehmlichkeiten bei der Umsetzung dieses Antrags anbelangt, fällt mir nur noch

ein Zitat des berühmten deutschen Theaterregisseurs Erwin Piscator ein:

„Es ist unmöglich, Staub aufzuwirbeln, ohne dass Leute husten.“

(Beifall von CDU und FDP)

Gab es jetzt noch eine Frage?

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Wir haben zwei Fragen. Ich möchte als Erstes dem Abgeordneten auf Platz 175 das Wort erteilen.

**Fabian Bünnemann** (fraktionslos): Sie haben eben die Formulierung „sofern die Jugendlichen einer Gemeinde den Wunsch danach äußern“ verteidigt. Ich würde gerne wissen, wie Sie das feststellen wollen, ob die Jugendlichen ein Jugendparlament wollen oder nicht? Etwa durch monatliche Volksabstimmungen?

**Christian Kroll** (CDU): Wir wollten das gerne durch Unterschriften machen. Wenn eine gewisse Anzahl von Unterschriften im Rathaus eingereicht wird, haben die Jugendlichen das Recht, dass ein Jugendparlament in dieser Kommune eingesetzt wird.

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Ich erteile jetzt dem Abgeordneten auf Platz 89 von der SPD das Wort.

**Jascha Huschauer** (SPD): Warum unterstützen Sie nicht den Antrag der SPD, der am Anfang genau das Gleiche fordert wie die CDU, es aber dann noch detaillierter erläutert, noch mehr Möglichkeiten aufzeigt und mit bestimmten Forderungen verknüpft, nämlich nach einem Betreuer, einem Etat und nach Mitbestimmung statt Mitwirkung?

(Beifall von der SPD)

**Christian Kroll** (CDU): Ja, das ist eine gute Frage. Im Grunde wollen wir ja alle dasselbe.

(Allgemeiner Beifall)

Das ist dann natürlich fraktionsbedingt.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall von der SPD – Zurufe: Okay! Super!)

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Vielen Dank. – Es gibt jetzt noch eine Zwischenfrage aus der CDU-Fraktion, die ich leider nicht mehr zulassen kann, weil nur zwei Zwischenfragen erlaubt sind.

Dementsprechend erteile ich für die SPD-Fraktion jetzt der Abgeordneten Marie Heidenreich das Wort.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Marie Heidenreich** (SPD): Lieber Janni! Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Wir haben heute die einmalige Chance, zur Demokratisierung eines kompletten Teils unserer Bevölkerung beizutragen. Ich spreche hier von einem Teil der Bevölkerung, der bisher im politischen Geschehen chronisch unterrepräsentiert war.

(Beifall von der SPD)

Diese Chance bürdet uns aber gleichzeitig eine enorme Verantwortung gegenüber allen Jugendlichen Nordrhein-Westfalens auf. Zu dieser Verantwortung hat sich die SPD-Fraktion mit ihrem fristgerecht eingereichten Antrag gestellt.

(Beifall von der SPD)

Ich stimme meinen Vorrednerinnen und Vorrednern darin zu, dass der Antrag der CDU-Fraktion gut ist.

(Beifall von der CDU)

Allerdings ist er noch lange nicht ausreichend.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dieser Antrag wurde bedauerlicherweise aufgrund von Zeitmangel einfach durchgewunken, das heißt ohne Diskussion. Glücklicherweise waren wir uns nach Gesprächen mit Ausschussmitgliedern der Union aber darin einig, dass dieser Antrag weiterer Konkretisierung bedarf.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir müssen heute einem Antrag zustimmen, der engagierte Jugendliche bei ihrer Arbeit in Jugendparlamenten so weit wie möglich unterstützt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Liebe Abgeordnete, wir können uns heute kein Wischiwaschi leisten, sondern müssen die einmalige Chance nutzen, reale Mitbestimmung von Jugendlichen einzufordern.

(Beifall von SPD und GRÜNEN sowie einzeln CDU)

Nur so können wir der Politikverdrossenheit unserer Generation entgegenwirken.

Wenn wir die Politik unseres Landes nicht mitgestalten, gehören wir schnell zu den Verlierern des demografischen Wandels. Die immer zahlreicher werdenden älteren Menschen unserer Gesell-

schaft werden sich zweifellos weiterhin für ihre eigenen Interessen einsetzen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass auch uns das notwendige Handwerkszeug zur politischen Mitbestimmung zur Verfügung steht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir müssen die Tatsache anerkennen, dass effektive politische Arbeit auf ausreichende Finanzierung angewiesen ist.

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Verzeihung! Es gibt eine Zwischenfrage aus der CDU-Fraktion. Wollen Sie diese zulassen?

**Marie Heidenreich** (SPD): Ja.

**NN** (CDU): Verehrte Frau Kollegin, ich danke für die Möglichkeit, eine Zwischenfrage zu stellen. – Sie haben gerade gesagt, unser Antrag wäre gut. Ihnen ist sicherlich klar, dass wir, wenn wir unseren Antrag nicht beschließen, nichts beschließen. Ihr Antrag liegt ja nicht vor. Oder sehe ich das falsch?

(Zurufe: Doch!)

– Wann soll der denn eingereicht worden sein? Wir haben den nicht gesehen.

**Marie Heidenreich** (SPD): Dazu kann unser Fraktionsvorsitzender etwas sagen.

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Dieser hat Priorität. Bitte.

**Felix Heinrichs** (SPD): Wir haben gerade noch einmal Rücksprache gehalten. Unser Antrag ist fristgerecht eingereicht worden. Leider ist er irgendwie untergegangen. Aber wir stellen den Antrag, ihn auf die Tagesordnung zu setzen. Dann können Sie ihm auch zustimmen. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Das ist vom Präsidium zur Kenntnis genommen worden. Wir werden nachher darüber abstimmen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es gibt noch eine Zwischenfrage aus der CDU-Fraktion. Wollen Sie die zulassen?

**Marie Heidenreich** (SPD): Ja.

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Ich erteile dem Abgeordneten auf Platz 97 das Wort.

**Philipp Meseck** (CDU): Uns liegt der Antrag nicht vor. Von daher können wir ihn nicht kennen.

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter, dafür haben Sie mich. Ich werde diesen Antrag gleich vorlesen und ihn dann zur Abstimmung stellen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Frau Heidenreich, Sie können fortfahren.

**Marie Heidenreich** (SPD): Noch einmal zur Finanzierung von Jugendparlamenten: Jeder und jede Bundestagsabgeordnete darf jedes Jahr etwa 40 Bekannte zu einer Abgeordnetenfahrt nach Berlin einladen. Diese Menschen werden dann in einem Vier-Sterne-Hotel im Regierungsviertel untergebracht. Das sind horrenden Kosten. Ich frage mich: Sollten wir Jugendliche nicht auch das Recht auf eine angemessene Förderung unserer politischen Mitbestimmung haben?

(Allgemeiner Beifall)

Ich bitte euch daher, den ausgereifteren Antrag der SPD-Fraktion erst einmal zuzulassen und ihm dann zuzustimmen. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Vielen Dank. – Ich erteile jetzt Sören Kindermann von der FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall von der FDP)

**Sören Kindermann** (FDP): Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Verehrte Presse! Zunächst möchte ich eine Frage an Herrn Bünnemann stellen: Wollen Sie Parlamente haben, die nur bestehen, weil sie bestehen müssen?

(Zuruf von der FDP: Nein!)

Die FDP-Fraktion hat sich im Besonderen in den letzten Tagen mit den Themenschwerpunkten der Finanzierung und der Einführung von Jugendparlamenten in bevölkerungsschwächeren Kommunen beschäftigt. Ich greife einmal das auf, was die CDU eben gesagt hat. Stellen Sie sich einmal vor, Sie wohnen in einer Kommune mit 2.000 Einwohnern. Von diesen 2.000 Einwohnern sind 500 Jugendliche, und von diesen 500 Jugendlichen interessieren sich vielleicht 2 % für die Politik. Wir können nicht ein Parlament schaffen, wenn es in einer Kommune nur zehn Jugendliche gibt, die

sich für Politik interessieren. Das ist für uns kein repräsentatives Parlament.

(Beifall von FDP und CDU)

Deshalb bringe ich stellvertretend für die FDP-Fraktion eine Alternative ein. Diese sieht wie folgt aus: In den Kommunen, in denen keine repräsentativen Parlamente zustande kommen können ...

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Es gibt zwei Zwischenfragen aus der SPD-Fraktion. Erlauben Sie die Zwischenfragen?

**Sören Kindermann** (FDP): Ja.

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Dann erteile ich dem Abgeordneten auf Platz 89 das Wort.

**Jascha Huschauer** (SPD): Wenn Sie sich mit all diesen Themen beschäftigt haben, dann frage ich Sie: Wieso sind die nicht im Antrag wiederzufinden?

**Sören Kindermann** (FDP): Wie bitte?

**Jascha Huschauer** (SPD): Wenn Sie sich mit den Themen Finanzen, Betreuer usw. auseinandergesetzt haben, dann frage ich Sie, warum das nicht im Antrag steht.

**Sören Kindermann** (FDP): Was meinen Sie?

**Jascha Huschauer** (SPD): Wenn Sie sich mit den Themen Finanzen und Finanzierung der Parlamente beschäftigt haben, dann frage ich Sie, warum man das nicht im Antrag wiederfindet?

**Sören Kindermann** (FDP): Wir haben unseren Antrag im Ausschuss zurückgezogen. Wir haben uns dafür entschieden, unseren Antrag, wie er in den Ausschüssen vorgelesen worden ist, zurückzuziehen.

(Zuruf von der SPD: Es gab überhaupt keinen Antrag!)

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Wollen Sie die zweite Zwischenfrage auch zulassen.

**Sören Kindermann** (FDP): Ja.

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Eine dritte Zwischenfrage wird, wie üblich, leider nicht behandelt werden können. – Der Abgeordnete auf Platz 124 hat das Wort.

**Martin Schottek** (SPD): Meine Frage an den werten Herrn Kollegen lautet: Für wie repräsentativ halten Sie bei einer Bevölkerungszahl von etwa 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen den Landtag, wenn Sie gerade meinten,

(Beifall von der SPD)

dass zehn Jugendliche bei 500 Jugendlichen nicht repräsentativ wären. Dann müsste ja der Landtag unseres Landes überaus unrepräsentativ sein. Wie erklären Sie sich das?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Sören Kindermann** (FDP): Für mich ist die kommunale Politik etwas anderes als die Landespolitik. In der kommunalen Politik geht es um städtische Sachen. Da reichen zehn Leute mit zehn verschiedenen Interessen nicht aus. Man muss ein breites Spektrum haben. Man muss Schüler aus allen Bildungsschichten und Altersgruppen haben. Man muss einfach jedem die Möglichkeit geben. Zehn Leute sind nicht ausreichend für ein repräsentatives Parlament, in dem jede Bevölkerungsschicht vertreten sein soll.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Jan David Bakker**: Sie dürfen fortfahren.

**Sören Kindermann** (FDP): In den Kommunen, in denen keine repräsentativen Parlamente zustande kommen können, soll eine Zusammenarbeit mit den benachbarten Gemeinden in Form eines Kreisparlamentes initiiert werden.

Hinzu kommt, dass so ein Austausch zwischen verschiedenen Kommunen nur förderlich und konstruktiv für das Politikinteresse der Jugendlichen sein kann. Außerdem würden die Mitglieder der Jugendbeiräte nicht nur einen Einblick in die städtische Politik bekommen, sondern auch in die überkommunalen politischen Angelegenheiten eingebunden werden.

Jedoch sind diese Ideen und besonders diese Initiative ohne ein realistisches Budget nicht umsetzbar. So plädiert auch der Landesjugendring in seiner Stellungnahme für ein in gleicher Weise budgetiertes und unterstütztes System, wie wir es in den Stadträten vorfinden. Denn wir alle wissen, dass es ohne einen geregelten Etat leider nicht möglich ist, ein handlungsfähiges Parlament zu führen.

Genau bei diesem Punkt sehen wir das Problem des Antrages. Es werden mit keinem Wort die Finanzierungsmöglichkeiten erläutert bzw. neue I-

deen vorgestellt. Da dies aber von fundamentaler Bedeutung ist, lehnen wir den Antrag in der uns hier vorliegenden Fassung ab.

Ein weiteres Problem besteht bei Kommunen, in denen ein Haushaltssanierungsplan eingeführt worden ist. Laut dem Konnexitätsprinzip darf die Landesregierung keine neuen Gesetze verabschieden, die die Städte und Kreise mit ihren finanziellen Mitteln nicht umsetzen können. Dies unterstützt unser Anliegen, dass Kinder- und Jugendbeiräte auf freiwilliger Basis und nicht verpflichtend eingeführt werden sollen, denn es ist nicht vertretbar, dass eine solche positive Initiative den Haushalt einer Kommune ins Schwanken bringt.

Deshalb fordern wir als FDP-Fraktion, dass der Landtag das Startkapital für eine Gründung der Jugendbeiräte bereitstellen muss. Dieses Startkapital soll für mediale Präsenz eingesetzt werden, zum Beispiel Flyer, Plakate oder Internetpräsenzen. Des Weiteren sollen die darauf folgenden Unterhaltungskosten anteilig von Land und Kommune getragen werden, denn es ist eine Bereicherung für die Kommunen, wenn sie ein Jugendparlament einführen.

Abschließend möchte ich betonen, dass laut der Stellungnahme des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe die Landes- und Kommunalpolitik trotz des Konnexitätsprinzips die Jugendbeiräte eventuell finanzieren würde. Denn in einer Zeit – so ist der Wortlaut – der fortschreitenden Überalterung der Parlamente besteht die Notwendigkeit, junge politisch interessierte Jugendliche für die Landes- und Kommunalpolitik sensibel zu machen.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass sich das Aktionsbündnis unsere Vorschläge von allen Fraktionen zu Herzen nimmt und diese in ihre Initiative mit einbezieht.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Jan David Bakker**: Vielen Dank. – Ich erteile jetzt als letztem Redner in der Debatte der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Pia Laetitia Tabellion, das Wort.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Pia Laetitia Tabellion** (GRÜNE): Sehr geehrter Vizepräsident! Sehr geehrte Abgeordneten! Sehr geehrte Damen und Herren! In den letzten Tagen wurde mir als Mitglied des Generationenausschusses die Möglichkeit geboten, in der Funktion der Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen tätig zu sein. Ich würde Ihnen nun gerne ergänzend zu Robin Dohmen Standpunkte zum Thema Jugendparlament näherbringen.

Wie bereits erwähnt, vertreten wir die Meinung, dass Jugendbeiräte nicht verpflichtend eingeführt werden sollten. Stattdessen sollte es lieber verpflichtend sein, das Angebot für die Jugendparlamente in den einzelnen Kommunen zu stärken, sodass jederzeit die Möglichkeit geboten werden kann, Jugendbeiräte einzuführen, wenn denn Interesse vonseiten der Jugendlichen besteht.

Mit eigenem Engagement und Interesse besteht die Bereitschaft, sich in Jugendparlamenten einzubringen, um dort auch erfolgreich tätig zu sein. Ohne den eigenen Willen sind die hohen Voraussetzungen wie die Werbung, die finanziellen Mittel oder personelle Ressourcen nicht umzusetzen.

Wenn die Motivation bei Jugendlichen nicht vorhanden ist, besteht in unseren Augen nicht die Möglichkeit, überzeugend tätig zu sein. Damit verbunden würde die Akzeptanz bei kommunalen Verantwortungsträgern nicht bestehen. Des Weiteren würden dann erst recht Unsicherheiten auftreten, wenn von sich aus im Vorfeld keine Anstrengungen der politischen Bildung unternommen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben doch alle in den letzten Tagen gezeigt, dass wir voller Motivation und Interesse an Politik am ersten Jugendlandtag teilgenommen und unter diesen Umständen hoffentlich ein Mitgestalten der Themen ermöglicht haben. Diese letzten Tage sind das beste Beispiel dafür, dass freiwilliges Engagement zu produktiven Ergebnissen führt und dass die Bereitschaft zur Mitwirkung an aktuellen Themen erfolgreich sein kann.

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Verzeihung! Es gibt eine Zwischenfrage aus der SPD-Fraktion. Wollen Sie die zulassen?

**Pia Laetitia Tabellion (GRÜNE):** Ja.

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Dann erteile ich der Abgeordneten auf Platz 23 das Wort.

**Marie Heidenreich (SPD):** Danke schön. – Ich wollte Sie, liebe Frau Abgeordnete, fragen, was Sie denn von einer Koordinierungsstelle des Landes halten, in der die Gelder vergeben werden, wo die Jugendlichen auch selbst sehen können, was sie mit diesem Geld machen, ob sie beispielsweise im Voraus schon für ihr Parlament

werben wollen, und mit der es auch Ansprechpartner für die Kommunen gibt?

**Pia Laetitia Tabellion (GRÜNE):** Ich finde, wenn die finanziellen Mittel bereitstehen, ist das eine gute Sache. Also: Soweit sie unterstützt werden und das alles freiwillig abläuft, stimme ich dem zu.

(Beifall von GRÜNEN und SPD sowie einzeln CDU)

Wir, die verschiedenen Fraktionen, haben doch gemeinsam und freiwillig über die Themen diskutiert und werden uns hoffentlich mit großer Mehrheit einigen können; denn dieses freiwillige Angebot sollte in Zukunft einfach vielfältiger werden. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD sowie einzeln CDU und FDP)

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Vielen Dank. – Damit schließe ich die Beratung.

Es gibt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Bitte schön.

**Sebastian Richter (CDU):** Ich beantrage eine zehnminütige Pause für Fraktionsbesprechungen.

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Nach kurzer Beratung ist das Präsidium zu dem Schluss gekommen, den Fraktionen fünf Minuten zu geben. Vorher verlese ich den SPD-Antrag, weil er ja nicht vorliegt. Es geht um Folgendes:

„Die SPD-Fraktion fordert eine verpflichtende Schaffung der Grundvoraussetzungen von Jugendparlamenten in allen nordrhein-westfälischen Kommunen, um Jugendlichen in der Kommunalpolitik mehr Gehör zu verschaffen.“

Folgende Grundvoraussetzungen sind in einem Leitfaden einzubeziehen:

- Eine Koordinierungsstelle des Landes ist einzurichten. Sie fungiert als Ansprechpartner für die Kommunen und ist zuständig für den Landesetat.
- In den Kommunen sind hauptamtliche Mitarbeiterstellen zu schaffen, die die Arbeit der Jugendparlamente unterstützen. Das Gleichgewicht der Schulformen ist sicherzustellen.
- Initiativ- und Stimmrecht bei jugendrelevanten Themen in den Ausschüssen.

- Politische Bildung ist sicherzustellen.
- Eine Evaluation des Jugendparlamentes ist vorzunehmen.

Sie haben jetzt fünf Minuten für fraktionsinterne Beratungen.

(Unterbrechung von 11:45 Uhr bis 11:55 Uhr)

**Vizepräsident Jan David Bakker:** Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir haben ein relativ schwieriges Abstimmungsverfahren vor uns. Es wird mehrere Abstimmungen geben. Deswegen würde ich Sie/euch bitten, mir sehr genau zuzuhören.

Wir stimmen als Erstes über eine Änderung der Beschlussempfehlung ab. Aus dem SPD-Änderungsantrag sollen drei Punkte in die Beschlussempfehlung übernommen werden, und zwar folgende:

- Initiativ- und Stimmrecht bei jugendrelevanten Themen in den Ausschüssen.
- Politische Bildung ist sicherzustellen.
- Eine Evaluation der Jugendparlamente ist vorzunehmen.

Diese drei Punkte sollen in die Beschlussempfehlung des Kommunalausschusses aufgenommen werden.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig bei wenigen Enthaltungen aus angenommen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD, der bei Annahme quasi die Beschlussempfehlung ersetzen würde. Ich lese den Änderungsantrag noch einmal vor:

„Die SPD-Fraktion fordert eine verpflichtende Schaffung der Grundvoraussetzungen von Jugendparlamenten in allen nordrhein-westfälischen Kommunen, um Jugendlichen in der Kommunalpolitik mehr Gehör zu verschaffen.

Folgende Grundvoraussetzungen sind in einen Leitfaden einzubeziehen:

- Eine Koordinationsstelle des Landes ist einzurichten. Sie fungiert als Ansprechpartner für die Kommunen und ist zuständig für den Landesetat.

- In den Kommunen sind hauptamtliche Mitarbeiterstellen zu schaffen, die die Arbeit der Jugendparlamente unterstützen. Das Gleichgewicht der Schulformen ist sicherzustellen.
- Initiativ- und Stimmrecht bei jugendrelevanten Themen in den Ausschüssen.
- Politische Bildung ist sicherzustellen.
- Eine Evaluation der Jugendparlamente ist vorzunehmen.“

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann sind wir bei der letzten Abstimmung, und zwar über die zuvor geänderte Beschlussempfehlung. Diese lautet nunmehr:

„Der Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen unterstützt die verpflichtende Einführung von Kinder- und Jugendbeiräten auf kommunaler Ebene, um Jugendlichen in der kommunalen Politik mehr Gehör und Handlungsfähigkeit zu verschaffen, sofern die Jugendlichen einer Gemeinde den Wunsch danach äußern.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen möge diesen Beschluss in seinen zuständigen Fachausschüssen zur Kenntnis nehmen und hierüber beraten.

Die Kinder- und Jugendbeiräte sollen Initiativ- und Stimmrecht bei jugendrelevanten Themen in den Ausschüssen haben.

Die politische Bildung ist sicherzustellen.

Eine Evaluation der Jugendparlamente ist vorzunehmen.“

Wer für diesen Antrag stimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag bei wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, damit ist die Plenarsitzung geschlossen.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

**Schluss: 12:00 Uhr**